

## **EINWANDERUNG**

---

### **Die Schweiz als Einwanderungsland**

Im Jahr 2020 macht die ausländische Wohnbevölkerung 38 % der Gesamtbevölkerung aus, was die Schweiz zu einem der Länder mit der höchsten Zuwanderungsrate weltweit macht.

Auf die EU/EFTA-Länder entfallen 65 % der Ausländer, von denen 75 % aus den folgenden vier europäischen Nachbarländern stammen: Italiener, die vor allem im Tessin präsent sind, Deutsche in der Deutschschweiz, Franzosen in der Westschweiz, und die Portugiesen in der Westschweiz und in den Alpenkammern.

### **Differenzierter rechtlicher Rahmen**

Ein differenzierter Rechtsrahmen regelt die Einwanderung:

- Seit den 2002 in Kraft getretenen bilateralen Abkommen I regelt das Abkommen über die Freizügigkeit (FZA) die Lebens- und Arbeitsbedingungen von EU/EFTA-Staatsangehörigen in der Schweiz.
- Für Einwanderer aus Drittstaaten ist die Aufnahme in den Arbeitsmarkt nach dem Bundesausländergesetz (AIG) qualifizierten Personen vorbehalten. Dieses Gesetz sieht Aufenthaltsquoten vor.
- Im Asylverfahren entscheiden die Behörden, ob eine Person nach dem Bundesasylgesetz, das auf der Konvention des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen von 1951 beruht, als Flüchtling anerkannt wird.

Konsequenzen der 2014 verabschiedeten und von der Schweizer Bevölkerung gebilligten Volksinitiative *«Gegen Masseneinwanderung»*, werden jährliche Quoten entsprechend den Bedürfnissen der Wirtschaft *«unter Beachtung des Prinzips der nationalen Präferenz»* festgelegt. Dem Text zufolge gelten diese Quoten auch für Asyl, was im Widerspruch zur humanitären Tradition der Schweiz steht.

### **Für eine pragmatische Einwanderungspolitik**

Die Schweiz ist ein reiches Land mit humanitärer Tradition, aber die Entwicklung des rechtlichen Rahmens hat sich im Laufe der Jahre mehr Einschränkungen, auch im Asylbereich, zugewandt.

- Bei den Verhandlungen mit der EU über die Freizügigkeit von Personen ist es vor allem wichtig, dass das europäische Recht nicht Vorrang vor dem schweizerischen Recht erhält, ohne unsere Souveränität zu verlieren. Zweitens gilt es, das Lohnniveau und die sozialen Bedingungen in der Schweiz zu schützen. Schließlich ist es wichtig, nicht von vornherein auf

## **EINWANDERUNG**

---

die Möglichkeit der Gewährung staatlicher Beihilfen zu verzichten, wenn sich dies als notwendig erweisen sollte, wie es die EU dogmatisch fordert.

- *Förderung des Globalen Pakts über Migration und Förderung einer verantwortungsvollen Regierungsführung in den Herkunftsländern:* Angenommen von der UN-Generalversammlung im Jahr 2018, rechtlich unverbindlich, aber äußerst wichtig, zielt er darauf ab, die Auswanderungsländer zusammenzuführen, die Transitländer und die Zielländer der Migranten auf der Grundlage einer gemeinsamen Vision und zur Förderung einer verstärkten internationalen Zusammenarbeit sowie zur Bekämpfung der strukturellen Probleme, die die Abwanderung von Migranten begünstigen. Überlegungen und Feststellungen, die den Beitritt zum Pakt rechtfertigen:
  - *Erstens: Zahlreiche Studien belegen, dass die Kosten einer restriktiven Einwanderungspolitik höher sind als die Kosten der internationalen Zusammenarbeit. Eine restriktive Politik ist auch ethisch fragwürdig.*
  - *Zweitens: Da die Migration im Wesentlichen das Ergebnis der Globalisierung ist, ist die internationale Zusammenarbeit für eine wirksame Koordinierung der Bemühungen unerlässlich.*
  - *Drittens: Die Förderung der verantwortungsvollen Regierungsführung und nicht der wirtschaftlichen und sozialen Unterstützung muss Vorrang haben: Laut Jonas Gamso von der Arizona State University und Farhod Yuldashev von der Universität Pittsburgh wirkt sich die wirtschaftliche und soziale Unterstützung nicht auf die Abwanderungsraten aus, Ob positiv oder negativ. Mit ihrer Studie aus dem Jahr 2018 zeigen sie hingegen, dass die Förderung einer verantwortungsvollen Staatsführung die Abwanderung aus den Entwicklungsländern bremst. Im Gegensatz zur wirtschaftlichen Unterstützung fördert sie nicht die Migration, da sie die kurzfristigen materiellen Ressourcen der Bevölkerung nicht erhöht. «Die Verbesserung der politischen Institutionen fördert die Korruptionsbekämpfung und die politische Stabilität. »*
- Annahme einer pragmatischen Politik im Bereich der Freizügigkeit von Personen, des Bundesausländergesetzes und des Asylrechts entsprechend den Fortschritten des Globalen Pakts über Migration.